

Kommentar zu Freie Presse v. 06.02.2017

„Asyl: So will der Erzgebirgskreis die Integration verbessern

Das Landratsamt arbeitet an einem Konzept, das Rechte und Pflichten von Flüchtlingen regeln soll. Doch das gefällt vielen Asylhelfern gar nicht - und zwar aus einem bestimmten Grund.“

Vater, Mutter, Kind = Flüchtlinge?!

Der Auftakt des Artikels vermittelt dem Leser die Vorstellung politisch verfolgter Familien, wonach sich Väter, Mütter und Kinder auf einer Flucht befunden hätten. Unabhängig davon, dass dies auf einen recht überschaubaren Teil der Migrationserscheinung tatsächlich zutrifft, appelliert die allumfassende und bildhafte Zuschreibung unmittelbar und unterbewusst an unser Mitgefühl.

Die empathische Wortwahl ist erstens sachlich falsch und zweitens kein Zufall. Die versteckte Manipulation der Leser ist durchdacht und verbaut geschickt das kritische Hinterfragen der Fakten, wodurch der objektive Blick auf die alarmierende Wirklichkeit der zerstörerischen Asylpolitik dieser Regierung mit einer moralischen Mauer verstellt wird.

Tatsache sind aber nun einmal die nüchternen Zahlenkolonnen aus der Statistik des Bundesamtes für Migration sowie die deutschlandweiten Alltagserfahrungen der Bürger, dass die mit Abstand größte Gruppe der Migranten aus kräftigen jungen Männern im wehrfähigen Alter besteht. Diese sind *ohne Familie* und nicht als politisch Verfolgte, sondern als *Wirtschaftsmigranten*, z. T. aus faktisch sicheren Herkunftsländern illegal in unser Land eingereist, nicht wenige von ihnen haben ihre Familien in deren Heimatländern im Stich gelassen.

Das Vorliegen beider Voraussetzungen, dass sich nämlich a) Familien b) auf der Flucht befunden hätten, betrifft einen verschwindend geringen Anteil von höchstens 2% der Einwanderer.

Gut 98% der Migranten sind und werden trotz aller medialer Verrenkungen und journalistischer Tricks definitiv keine Flüchtlinge entsprechend Art. 16 a Grundgesetz, hauptsächlich wegen ihrer Einwanderung über sichere Drittstaaten wie Österreich: bei strikter Anwendung unseres Asylrechts sind deren Asylanträge unzulässig und haben keine Aussicht auf Anerkennung. Wer keinen Asylgrund hat und keine Voraussetzungen mitbringt um für seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen muss Deutschland wieder verlassen. Ein Anspruch auf einen Integrationskurs haben diese Personen erst Recht nicht.

So etwas findet in der Berichterstattung unserer Qualitätsmedien freilich keinen Platz, dort hat political correctness eben Vorrang gegenüber Wahrheitstreue.

Zum eigentlichen Sachverhalt im Erzgebirgskreis:

Das Landratsamt will vorrangig Aussiedler, Personen mit Einbürgerung und Ausländer mit Aufenthaltsrecht schneller und früher in Sprachkurse schicken und schränkt richtigerweise ein, dass die derzeit 600 geduldeten Personen und 1600 Asylbewerber im Kreis davon ausgeklammert sind. Die Einschränkung ist konsequent und rechtens.

In der Einhaltung unserer Rechtsvorschriften sieht die Auer „Migrations-Expertin“ Angela Klier hingegen ein "falsches Signal". Integration sei ab dem ersten Moment wichtig, weil Asylverfahren Jahre dauerten, so die Expertin. Der Integrationsbeauftragte Johannes Roscher drückt es anders aus, sieht es aber ähnlich.

Das Gegenteil ist richtig: Die ungebrochen hohe, massenhafte illegale Einwanderung in unser Land, unverhältnismäßig lange Asylverfahren, die ausbleibende freiwillige Rückkehr abgelehnter Asylbewerber, vernachlässigte Abschiebung und der überbordende Missbrauch unserer Sozialsysteme durch illegal eingereiste Personen ohne Asylgrund über Jahrzehnte: DAS sind falsche Signale, welche irreguläre Einwanderung nur weiter verstärken und den Zusammenbruch unseres Sozialstaates herbeiführen!

Klare Ansage an Frau Klier und Herrn Roscher:

1. Deutschland ist ein Rechtsstaat, kein Moralstaat (*Zitat Peter Gauweiler*)
2. unser Asylrecht ist kein Jedermann - Recht
3. unser Sozialsystem ist kein Selbstbedienungsladen, weder für illegal eingereiste Wirtschaftsmigranten noch für Ihre Asylindustrie
4. Unsere Steuern und Sozialabgaben gehören in die Versorgung unserer Alten, denen wir unseren Wohlstand verdanken, unserer Kinder, für deren Zukunft wir verantwortlich sind, unserer Familien und in die sächsischen Großbaustellen Bildung, innere Sicherheit, Infrastruktur, Grenzsicherung und Bekämpfung wuchernder Kriminalität!

Der nebulös artikulierte „...bestimmte Grund...“, aus dem das Konzept des Erzgebirgskreises „vielen Asylhelfern“ „gar nicht“ gefällt ist kein anderer als das knallharte Profitinteresse einer Asylindustrie, die um ihre Umsätze bangt.

Der systematisch betriebene Missbrauch unseres Asylrechts auf Kosten unseres Gemeinwesens muss sofort gestoppt werden!

Thomas Prantl, 07.02.2017

Quelle:



Frank Reißmann - Sozialamtsleiter des Erzgebirgskreises

Foto: Wendland/Archiv Bild 1 / 2

Asyl: So will der Erzgebirgskreis die Integration verbessern

Das Landratsamt arbeitet an einem Konzept, das Rechte und Pflichten von Flüchtlingen regeln soll. Doch das gefällt vielen Asylhelfern gar nicht - und zwar aus einem bestimmten Grund.

Von [Jürgen Freitag](#)
erschienen am 06.02.2017

Annaberg-Buchholz. Vater, Mutter, Kind: Das Landratsamt des Erzgebirgskreises will Migranten künftig schneller und früher in Sprachkurse schicken. Denn das, sagt Sozialamtsleiter Frank Reißmann, sei das A und O, damit Integration gelingen kann. "Wir hören immer, dass Flüchtlinge arbeiten wollen, aber der erste Schritt ist die Sprache. Vorher geht nichts."

Rechte und Pflichten von Migranten soll bald ein sogenanntes Integrationskonzept regeln, ein 50Seiten dickes Papier, an dem der Kreis seit mehr als einem Jahr arbeitet. Im Juni soll es vom Kreistag verabschiedet werden. Es formuliert gemeinsame Ziele und Maßnahmen in den Bereichen Sprache, Bildung, Arbeit und Leben; es ist als eine Art Leitfaden gedacht. Ein erster Entwurf liegt der "Freien Presse" vor - und der beinhaltet reichlich

Sprengstoff. Nicht wegen einer Formulierung, die sich in dem Entwurf findet. Sondern, so kritisieren es Asylhelfer, weil etwas ganz Bestimmtes darin fehlt.

Aber der Reihe nach. Laut Reißmann war der Kreis in der Hochphase der Flüchtlingskrise von Helfern angesprochen worden, ein Integrationskonzept zu erarbeiten. Es hieß, die Arbeit mit Migranten dürfe nicht dem Zufall überlassen werden. Ein Plan sollte her, der die Vielzahl an Projekten und Trägern koordiniert und klarstellt, was von Flüchtlingen erwartet wird. Der Kreis lehnte zunächst ab. "Wir hatten damals keine Zeit. Es ging darum, Wohnungen zu finden", sagt Reißmann.

Nachdem sich die Lage beruhigt hatte, folgte ein Einlenken: Der Kreis nahm die Arbeit an einem Konzept auf. Rund 60 Leute beteiligten sich, darunter Vertreter des Kreises, von Vereinen und Wirtschaftsförderung. Das Ziel beschreibt Reißmann so: "Das Konzept soll zeigen, wie wir leben. Und es soll uns leiten, wie wir das Migranten vermitteln."

Wert legt der Kreis künftig etwa verstärkt auf frühkindliche Bildung. So soll der Nachwuchs von Migranten Kindertageseinrichtungen besuchen. Weiter findet sich im Konzept das Ziel, Flüchtlinge frühestmöglich in einer eigenen Wohnung unterzubringen. Der Integrationsbeauftragte des Kreises, Johannes Roscher, lobt das Konzept als "etwas Gutes", auch wenn vieles darin längst gängige Praxis sei. "Es unterstreicht in erster Linie den politischen Willen zur Integration." Es zeige, dass Immigration eine Chance ist.

Für Unmut sorgt unter Asyl-Helfern derweil eine Formulierung im Vorwort des Konzeptes. Dort sind als Zielgruppe nur Aussiedler, Personen mit Einbürgerung und Ausländer mit Aufenthaltsrecht definiert. Das würde heißen: Geduldete Menschen und Asylbewerber sind ausgeklammert. Von den derzeit mehr als 2800 Flüchtlingen im Kreis sind fast 1600 Asylbewerber, 600 geduldet.

Die Auer Migrations-Expertin Angela Klier, die das Konzept miterarbeitet hat, bezeichnet das als "falsches Signal". Es sei wichtig, alle Flüchtlinge ab dem ersten Moment zu integrieren. "Asylverfahren dauern manchmal Jahre. Vertane Zeit, wenn keine Maßnahmen stattfinden", sagt sie. Als Vorbild nennt Klier die Stadt Chemnitz. Die erarbeitet derzeit ebenfalls ein Integrationskonzept und macht laut einer Sprecherin der Stadt Chemnitz eine solche Unterscheidung nicht.

Auch der Integrationsbeauftragte Roscher hätte sich eine andere Formulierung gewünscht, sagt aber: "Das Ziel des Konzeptes ist es, die Menschen dauerhaft im Erzgebirge zu halten, sie zu integrieren. Damit anzufangen, wenn noch nicht klar ist, ob sie bleiben, ist schwierig." Sozialamtsleiter Reißmann erklärt die Auswahl mit beschränkten Ressourcen. Und: "Ich denke, Asylbewerber sollten ihre ganze Kraft auf das Asylverfahren verwenden." Bei der Frage, wer zur Zielgruppe gehört, sei man aber noch nicht "am Ende des Weges angelangt."